

II-2937 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT

XI. Gesetzgebungsperiode

1388 /A.B.

zu 1362 /J.

Präs. am 9. Sep. 1969

Zl.4.197 - Parl.69

Wien, am 9. September 1969

An die

Kanzlei des Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament

1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfragebeantwortung

Nr. 1362/J-NR/69, die die Abgeordneten Dipl.Ing. Dr.

Oskar Weihs und Genossen am 9. Juli 1969 an mich richteten,

beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Das Bundesverfassungsgesetz, BGBl.Nr. 155/1961,

fügte dem Artikel 51 Absatz 1 die Bestimmung an, daß der

Inhalt des Bundesvoranschlages nicht vor Beginn der Be-

ratung im Nationalrat veröffentlicht werden darf. Der

Zweck dieser Bestimmung war, daß vorzeitige Diskussionen

in der Öffentlichkeit über den Bundesvoranschlag vor Auf-

nahme der Beratungen im Nationalrat vermieden werden soll-

ten. Wenn sich auch diese Bestimmung nur auf die Zeit-

spanne zwischen dem Beschluß der Bundesregierung und dem

Beginn der Beratungen bezog, so muß doch darauf verwiesen

werden, daß der überwiegende Teil der finanzgesetzlichen

Ansätze durch materiell-rechtliche Gesetze festgelegt ist

und die budgetmäßige Vorsorge für deren Vollziehung auf Grund

eindeutiger Berechnungsgrundlagen erfolgt, deren Ergebnis

nach jahrzehntelangen Erfahrungen von der Bundesregierung in

die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz, un-

verändert übernommen wird.

Durch die Beantwortung der gegenständlichen schrift-

lichen Anfrage würde daher der weit überwiegende Teil der

finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages 1970 im

Hinblick auf die §§ 71 und 72 des Bundesgesetzes vom 6. Juli

1961, BGBl.Nr. 178, betreffend die Geschäftsordnung des

Nationalrates, der Öffentlichkeit vorzeitig bekannt werden

können, was keineswegs dem Sinne der vorangeführten Verfas-

sungsbestimmung entsprechen kann.

Dem Wortlaut der Anfrage zufolge wird ausdrücklich

BOTSCHAFTEN  
VERKEHR

nach "Anträgen" gefragt, die der einzelne Bundesminister an den Bundesminister für Finanzen hinsichtlich der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1970 bisher gestellt hat.

Ich habe "bei Beginn der ministeriellen Budgetverhandlungen im Zuge der Erstellung des Budgetentwurfes für das Jahr 1970" keine Beträge "beantragt" und ich werde auch solche Beträge nicht "beantragen", weil weder das Bundesministerium für Unterricht noch ich selbst von der Rechtsordnung zu "Anträgen" dieser Art berufen werden. Vielmehr haben alle Besprechungen und Schriftwechsel zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Unterricht in Angelegenheit des auszuarbeitenden Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes den Charakter eines rechtlich nicht verbindlichen Meinungsaustausches zwischen den beteiligten Ressorts über die künftige Gestaltung des Bundesfinanzgesetzes gehabt. Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes und damit die in diesem Entwurf enthaltenen ziffernmäßigen Ansätze erhalten erst durch die Beschlußfassung der Bundesregierung über die Regierungsvorlage gegenüber dem Nationalrat - aber selbst diesem gegenüber nur nach Maßgabe des § 17 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 6.7.1961, BGBl. Nr. 178, betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates, rechtlich relevante Existenz. Von einem "Antrag" im Rechtssinn kann aber begrifflich nur dort gesprochen werden, wo der Antragsteller die Entscheidung einer ihm übergeordneten Stelle begehrt und er nicht selbst über seinen "Antrag" entscheiden darf. Letzteres ist aber bekanntermaßen hinsichtlich der Beschlußfassung der Bundesregierung über den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes der Fall, weil für diese Beschlußfassung das Prinzip der Einstimmigkeit gilt (Erk. des VerfGH. Slg. 2149). Was aber die von der Bundesregierung beschlossene Regierungsvorlage des Bundesfinanzgesetzes anlangt, so schreibt Art. 51, Abs. 1 B.-VG. in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. Nr. 155/1961 ausdrücklich vor, daß sein Inhalt nicht vor Beginn der Beratungen im Nationalrat veröffentlicht werden darf.

Diese Darlegungen stehen mit den Bestimmungen der §§ 1 und 2 der Bundeshaushaltsverordnung, BGBl. Nr. 118/1926, nicht im Widerspruch, die von Teilvoranschlägen bzw. Gesamtvoranschlägen für die einzelnen Verwaltungsbereiche (Ministerial-

oder Ressortvoranschläge) handeln. Diese Teil- bzw. Gesamtvoranschläge für die einzelnen Verwaltungsbereiche (Ministerial- oder Ressortvoranschläge) sind keine "Anträge" im oben dargelegten Sinn. Sie bilden vielmehr ein Behelfsmaterial für den Bundesminister für Finanzen, um ihn bei der Vorbereitung des Entwurfes einer Regierungsvorlage über den Bundesvoranschlag zu unterstützen und die Beratungen in der Bundesregierung über den Entwurf der künftigen Regierungsvorlage zu erleichtern. Vollkommen zutreffend spricht daher die Bundeshaushaltsverordnung in diesem Zusammenhang nicht von "Anträgen", sondern von "verfassen" (§ 2 Abs. 1) bzw. von "zuleiten" (§ 1 Abs. 2).

Die Regierungsvorlage des Bundesvoranschlagsentwurfes 1970 wird im Sinne des Art. 51 B.-VG. lediglich einen einheitlichen Bundesvoranschlag dem Nationalrat unterbreiten, der dem Vollständigkeitsprinzip gemäß sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Bundes zu veranschlagen hat. Eine isolierte Behandlung und Entscheidung der finanziellen Erfordernisse eines einzelnen Ressorts für das jeweils kommende Finanzjahr ist weder der Bundesregierung noch dem Nationalrat durch Art. 51 B.-VG. ermöglicht.

Eine Beantwortung der in Rede stehenden schriftlichen parlamentarischen Anfrage muß daher aus verfassungsrechtlichen Überlegungen unterbleiben.

